Echte Wahlfreiheit im Zahlungsverkehr

Stellungnahme zum BMF-Eckpunktepapier „Wahlfreiheit beim Bezahlen im Alltag“

Wahlfreiheit ohne Ausnahmen konsequent umsetzen

Als Europas größtes PayTech-Unternehmen begrüßt die Nexi Group die Eckpunkte des BMF zur Wahlfreiheit beim Bezahlen im Alltag. Verbraucherinnen und Verbrauchern sollen künftig überall verlässlich zwischen Barzahlung und digitaler Zahlung wählen können. Die Einführung einer verpflichtenden digitalen Bezahloption ist ein wichtiger Schritt für mehr Kundenorientierung, wirtschaftliche Modernisierung und digitale Souveränität in Deutschland.

Die Eckpunkte des BMF setzen deshalb richtig an: Sie verfolgen das klare Ziel, digitale Bezahlmöglichkeiten flächendeckend und ohne pauschale Ausnahmeregelungen verfügbar zu machen. Besonders positiv bewerten wir den technologieoffenen Ansatz sowie die Einbindung europäischer Zahlungsverfahren. Dieser Grundsatz sollte unverändert Eingang in den Gesetzentwurf finden.

Keine Umsatzgrenzen bei der Annahmepflicht digitaler Zahlungen

Gerade kleine Unternehmen profitieren heute von kostengünstigen und einfach nutzbaren Zahlungslösungen. Digitale Zahlungen sind längst keine technische oder finanzielle Hürde mehr. Zudem ist die Einführung digitaler Bezahlverfahren häufig der erste Schritt zur weiteren Digitalisierung von Geschäftsprozessen. Ausnahmen würden deshalb ausgerechnet jene Unternehmen von der digitalen Transformation ausschließen, die von effizienteren Abläufen, automatisierter Buchhaltung und moderner Zahlungsinfrastruktur besonders profitieren könnten. Sie würde damit genau den Bereich erfassen, in dem das Gesetz zusätzliche Akzeptanz schaffen soll, und die praktische Wirkung der Regelung deutlich schwächen.

Das Ziel des Koalitionsvertrags der Bundesregierung ist eine verlässliche und echte Wahlfreiheit bei allen Bezahlvorgängen in den Geschäften des Alltags. Diese kann nur dann gewährleistet werden, wenn die Regelung für alle Unternehmen gilt. Eine Ausnahme kleiner Betriebe würde einen Flickenteppich unterschiedlicher Akzeptanzstandards schaffen und die gewünschte flächendeckende Verfügbarkeit digitaler Zahlungen verhindern. Eine Umsatzgrenze würde den Anspruch an eine Kennzahl knüpfen, die Verbraucherinnen und Verbraucher weder kennen noch prüfen können. Zwei Geschäfte in derselben Straße könnten unterschiedlichen Regeln unterliegen. Die Wahlmöglichkeit wäre dadurch gefährdet.

Digitale Zahlungsfreiheit als Beitrag zu mehr Steuertransparenz

Eine flächendeckende Akzeptanz digitaler Zahlungen kann zusätzlich zu mehr Steuertransparenz beitragen. Die Europäische Kommission schätzt die Lücke zwischen den erwarteten und den tatsächlich vereinnahmten Mehrwertsteuereinnahmen in Deutschland für 2023 auf rund 31,3 Milliarden Euro.[1] Digitale Transaktionen schaffen zusätzliche Referenzdaten, die Plausibilitätsprüfungen erleichtern und einen gleichmäßigen Steuervollzug unterstützen können. Pauschale Ausnahmen für kleine Betriebe würden diesen Beitrag gerade in häufig bargeldgeprägten Bereichen deutlich schwächen.

Unsere Empfehlung

Nexi empfiehlt, dass der Gesetzesentwurf folgende Punkte beinhaltet:

- **Die Verpflichtung wird in einfachen, praxisnahen Begriffen** definiert: Es muss mindestens eine weit verbreitete digitale Zahlungsoption an der Verkaufsstelle angeboten werden, ohne dass bestimmte Methoden oder Anbieter vorgeschrieben werden.
- **Der technologieneutrale Ansatz der Kernpunkte bleibt unverändert bestehen**, sodass Händler weiterhin frei wählen können, welche Option für ihr Geschäft am besten geeignet ist. Schub für die Digitalisierung insbesondere kleiner Unternehmen
- **Die Verpflichtung wird auf alle Unternehmen angewendet**, ohne Umsatzschwellen, sodass sich Verbraucher überall auf denselben Standard verlassen können.
- **Es wird Transparenz für Verbraucher gewährleistet**, indem klare Informationen über die akzeptierten Zahlungsmethoden vor dem Kauf sichtbar gemacht werden.

Auf diese Weise können die Kernpunkte ihre Ziele voll und ganz erreichen: echte Wahlfreiheit, landesweite Verfügbarkeit digitaler Zahlungen, ein Schub für die Digitalisierung kleiner Unternehmen und eine stärkere Grundlage für steuerliche Transparenz.

---

[1] European Commission: Directorate-General for Taxation and Customs Union, Syntesia, CASE, Intellera, Poniatowski, G. et al., VAT gap in Europe – Report 2025, Publications Office of the European Union, 2025, https://data.europa.eu/doi/10.2778/7868422